

Kommentar

Ohrfeige gegen Feigenblätter

Das Abstimmungsergebnis ist für Liechtenstein schon fast historisch. Noch nie wurde eine Initiative so deutlich verworfen. Und dies obwohl VU, FBP und FL eine Ja-Empfehlung abgegeben haben. Damit ist das Resultat auch ein Weckruf an die Parteien, die Gefühle, Ängste und Sorgen der Bürger ernster zu nehmen.

Die Zeit der «Feigenblätter» ist vorbei. Dies musste die Wirtschaftskammer schmerzlich erfahren. Sie wollten der Wirtschaft etwas Gutes tun und das Mutterschaftstaggeld von der Krankenkasse zur FAK verschieben. Damit wären die Taggeldprämien für Betriebe gesunken. Als Feigenblatt nutzte die Wirtschaftskammer die Kita-Finanzierung, die Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini so ähnlich bereits in die Vernehmlassung geschickt hatte. Das Feigenblatt flog davon und die Wirtschaftskammer stand nackt da. Argumente gegen die Emotionen im Volk fehlten.

Auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini kam die Initiative als Feigenblatt gerade recht. So musste er mit einer Gesetzesvorlage zur Kita-Finanzierung nicht die Emotionen des Volkes auf sich lenken. Aber auch den Parteien kam der Vorstoss der Wirtschaftskammer gelegen. Kurz vor den Wahlen konnte man dem Gewerbe zeigen, dass man trotz Bedenken zur Initiative hinter ihnen steht und den «Schritt in die richtige Richtung» begrüsst.

Nur der FBP-Parteipräsident Thomas Banzer scheint andere Lehren aus der Abstimmung zu ziehen. Er sieht sein FBP-Ohr in der Familienpolitik näher beim Volk. Dies obwohl in dieser Legislaturperiode von der FBP keine familienpolitischen Vorstösse, geschweige denn Reformideen zu vernehmen waren.

Das Volk will eine transparente Politik, klarehaltungen und vor allem durchdachte Lösungen.



Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Gratulation

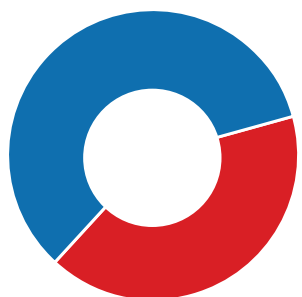
Anna Walser, Bahnstrasse 20, Schaan zum 92. Geburtstag

Susanne Hermann, Im Besch 6, Schaan zum 81. Geburtstag

Wir wünschen den Jubilaren Gottes Segen, Gesundheit, Wohlergehen und ein schönes Geburtstagsfest.

Umfrage der Woche

Frage: In Vaduz soll eine weitere Busspur entstehen. Finden Sie das eine gute Idee?



Aktueller Zwischenstand von gestern Abend.
Jetzt mitmachen auf: www.vaterland.li

Impressum

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Bargetze
Chefredaktor: Patrik Schädler (sap)
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adressen:
Vaduzer Medienhaus AG, Postfach 884, 9490 Vaduz
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17
Redaktion: Tel. +423 236 16 23, E-Mail: redaktion@vaterland.li, sport@vaterland.li
Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax +423 236 16 17, E-Mail: inserate@vaterland.li
Abonnementdienst: Tel. +423 236 16 61, E-Mail: abo@vaterland.li
Internet: www.vaterland.li

Vaterland



Gute Miene zum bösen Spiel: Das Initiativkomitee der Wirtschaftskammer nach der Abstimmungs-Schlappe.

Bild: Tatjana Schnalzer

«Wir sind vom Landtag enttäuscht»

Abfuhr Schlimmer hätte die Abstimmung für die Initianten kaum ausgehen können. Das Initiativkomitee zeigte sich vom Landtag, der Berichterstattung und den Frauen enttäuscht.

Dorothea Wurmbrand Stuppach
dstuppach@medienhaus.li

Für die Initianten von «Familie und Beruf» war es ein harter Wahlsonntag. Die Initiative wurde mit 82,4 Prozent so deutlich abgelehnt, dass sich vor allem zwei Fragen stellen: Warum gab es ein dermassen klares Nein und was hätte die Wirtschaftskammer anders machen können? Für Arnold Matt, den Präsidenten der Wirtschaftskammer, war direkt nach der Abstimmung klar: «Der älteste Liechtensteiner hat zugeschlagen, nämlich der Neid». Gerade die Kita-Förderung wurde in den letzten Wochen zur Achillesverse der Initiative. Dabei geht es darum, dass Kita-Plätze finanziell aus dem Topf der Familienausgleichskasse (FAK) gefördert werden sollten.

Abstimmung wurde zur Grundsatzdiskussion

Viele sprachen sich in dieser Debatte aber dafür aus, dass gleiches Recht für alle herrschen sollte.

Gegner argumentierten, das Modell sei den Frauen gegenüber nicht fair, die daheim bleiben.

«Mich hat der Gegenwind von den Frauen selber am meisten enttäuscht, die daheim sind und uns in den Rücken gefallen sind», erklärte Gunilla Marxer-Kranz vom Initiativkomitee. Keiner der Initianten habe damit gerechnet, dass man die unterschiedlichen Familienmodelle gegeneinander ausspielen würde und dass es zur Grundsatzdiskussion werden würde.

Im Nachhinein würden die Initianten der Wirtschaftskammer aber nichts anders machen – ausser vielleicht, dass sie mehr Aufklärungsarbeit betreiben würden. Denn Arnold Matt ist überzeugt, dass die Abstimmung auch eine Verständnisfrage war. Viele hätten erst gar nicht verstanden, worum es überhaupt ging. Dass am Ende gerade aber die Kita-Förderung zum grossen Knackpunkt wurde, darüber zeigt sich Jürgen Nigg, der Geschäftsführer der Wirtschaftskammer, verärgert:

«Der Landtag sagte mehrfach, dass die Kita-Förderung völlig unbestritten ist und lag damit völlig falsch. Wir sind vom Landtag enttäuscht». Bei der Frage, ob es besser gewesen wäre, nicht über zwei Fragestellungen abstimmen zu lassen, waren sich bei der Wirtschaftskammer alle einig: Diese zwei Themen gehören zusammen. Wenn Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert wird, müssten sie im Gegenzug auch Lösungen für ihre Kinder haben. Allerdings haben es die Initianten bedauert, dass die Kita-Förderung so in den Vordergrund gespielt wurde. Jürgen Nigg zufolge, wurde von allen Medien nur noch dies thematisiert.

«Schwangerschaft ist keine Krankheit»

Das Mutterschaftstaggeld, das neu über die FAK finanziert werden sollte anstatt über die Krankenkasse, sei untergegangen. Trotz allem steht das Initiativkomitee, bestehend auch Gunilla Marxer-Kranz, Arnold Matt, Jür-

gen Nigg, Isabell Schädler und Hans-Peter Tschüscher, noch immer hinter der Art und Weise, wie die Kampagne geführt wurde.

Bisher wurde das Krankentaggeld von der Krankenkasse bezahlt. «Firmen, die viele Frauen anstellen, leiden unter den hohen Prämien», erklärte Marxer-Kranz. Nach Plan der Wirtschaftskammer hätte dieses künftig von der FAK finanziert werden sollen, die von den eingezahlten Geldern der Unternehmen finanziert wird. Die Prämien wären so jährlich um 15 Prozent günstiger geworden.

Arnold Matt hatte im Vorfeld der Abstimmung mit 30 Prozent gerechnet, die sich für die Initiative aussprechen, musste dann aber bereits nach den ersten Ergebnissen feststellen, dass die Zeit noch nicht reif dafür ist: «Liechtenstein ist nach wie vor ein stark konservatives Land». Die Wirtschaftskammer sieht sich trotz Ablehnung der Initiative aber nicht als Verlierer, denn dieses Anliegen sei endlich breit diskutiert worden.

Stellungnahme von Regierungsrat Mauro Pedrazzini

Qualifizierte Arbeitsgruppen einsetzen

Zuerst möchte ich den Initianten meinen Dank aussprechen für Ihr Engagement zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Volk hat die Initiative überaus deutlich abgelehnt. Damit stellt sich nun die Aufgabe, nach neuen Lösungen zu suchen, wie Fortschritte in der Familienpolitik und dabei insbesondere im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt werden können.

Eine Aufgabe, welche sich dem Ministerium für Gesellschaft jetzt stellt, ist die Verteilung der Subventionen für Kindertagesstätten gerechter auszugestalten. Das klare Votum des Volkes ist für mich ein Hinweis darauf, dass aus der Familienausgleichskasse weder Gelder direkt in die Wirtschaft noch partiell nur zu den Kindertagesstätten fliessen sollen. Das Liechtenstein Institut hat eine

Nachwahlbefragung angekündigt. Wir werden diese analysieren, um die Wünsche der Bevölkerung zu diesem Thema aufzunehmen.

Die FAK verfügt über sehr hohe Reserven und erwirtschaftet jährlich Überschüsse. Damit besteht grundsätzlich die Möglichkeit, diese den Familien – unabhängig vom gewählten Familienmodell – zukommen zu lassen. Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten mit möglichen Lösungen im Bereich der Familienpolitik befasst. Dabei haben wir auch ein Modell geprüft, in dem es jungen Familien durch eine Erhöhung des Kindergeldes ermöglicht wird, im ersten Lebensjahr des Kindes von einer höheren Unterstützung zu profitieren. Alternativ könnten sich die Familien im Sinne einer Wahlfreiheit auch für eine grundsätzliche Erhöhung des Kindergeldes

über die ganze Bezugsdauer entscheiden. In Summe soll die Unterstützung für die beiden Wahlmöglichkeiten jedoch gleich hoch sein. Durch einen solchen Zustupf zum Haushaltseinkommen soll es der Familie ermöglicht werden, im ersten Lebensjahr des Kindes selbst zu entscheiden, wie und in welchem Pensum sich die Eltern im Erwerbsleben betätigen wollen und auch welche Art einer allfälligen Fremdbetreuung gewählt werden soll. Finanziert werden soll diese Erhöhung des Kindergeldes durch die Überschüsse der FAK sowie über einen kontrollierten Reservenabbau über die nächsten Jahrzehnte.

Die engagierten Diskussionen sowohl im Rahmen der Vernehmlassung der Regierungsvorlage als auch im Vorfeld dieser Volksabstimmung haben uns gezeigt, dass offen-

bar ein grosses Bedürfnis für eine breite Diskussion familienpolitischer Fragestellungen besteht. Das Ministerium für Gesellschaft wird diese Diskussion führen und entsprechende Vorstösse machen. Gleichzeitig bleiben diverse Probleme aber ungelöst. Im Bereich der Krankentaggeldversicherung und im Bereich der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es nach Ansicht des Ministeriums nun angezeigt, qualifizierte Arbeitsgruppen separat mit den beiden Themenfeldern zu be-fassen.



Mauro Pedrazzini
Regierungsrat